

## Genossenschaftsbanken I

### Ertragsstark, solide, stabil

Es ist gerade mal ein Jahr her, da sprach Union-Investment-Chef Hans Joachim Reinke von den zwanziger Jahren als einer „Dekade der Genossenschaften“. Und erst vor wenigen Tagen setzte die DZ Bank, auch dank der Union, mit ihrem Ergebnis für das keineswegs einfache Jahr 2021 ein dickes Ausrufezeichen. Nun folgen die 772 verbliebenen Primärbanken mit einem Vorsteuergewinn von 7,7 Milliarden Euro, das beste Ergebnis seit 2016. Und selbst wenn man die Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken noch herausrechnet, verbleibt mit 4,1 Milliarden Euro ein mehr als auskömmlicher und beachtenswerter Überschuss für die zweite große Verbundgruppe in der Bundesrepublik. Das heißt, die Kreditgenossenschaften haben zu den Sparkassen aufgeschlossen. Hans Joachim Reinke hat es immer schon gewusst.

An anderer Stelle zeigt sich der genossenschaftliche Verbund sogar mutiger: Während DSGVO-Präsident Helmut Schleweis das Angebot von Kryptowährungen fast kategorisch ausschließt („Eine Beratung zur Anlage in Kryptowährungen wird es nicht geben.“), hat die genossenschaftliche Finanzgruppe ein Pilotprojekt der DZ Bank und der DWP Bank gestartet, in dem genau das erarbeitet und auf Sinnhaftigkeit geprüft werden soll. Es gibt zwar noch keine Entscheidung über den breiten Einsatz auch bei Privatkunden, aber BVR-Präsidenten Marija Kolak sagte: „Wir werden uns dem Marktbedarf nicht verschließen, aber wir werden auch sehr behutsam vorgehen, um andere negative Entwicklungen in diesem Zusammenhang wie Geldwäsche oder Steuerhinterziehung nicht zu befeuern.“

Weniger zurückhaltend waren die 772 verbliebenen Volksbanken und Raiffeisenbanken im abgelaufenen Geschäftsjahr im Kundengeschäft. So erhöhten sich die Kreditbestände um 6,9 Prozent auf insgesamt 710,3 Milliarden Euro. Der Marktanteil bei Ausleihungen an Firmenkunden legte dem BVR zufolge um 0,5 Prozentpunkte auf 22 Prozent zu, bei Privatkunden nur um 0,1 Prozentpunkte auf 23,8 Prozent. Die Kundeneinlagen wuchsen ebenfalls kräftig um 5,4 Prozent auf 833 Milliarden Euro. Da sich der Trend der vergangenen Jahre fortsetzte, und auf der Aktivseite längerfristi-

ge Finanzierungen und auf der Passivseite Sichteinlagen gefragt waren, standen zum Stichtag 639 Milliarden Euro an Ausleihungen mit Laufzeiten über fünf Jahren 606 Milliarden Euro an Sichteinlagen gegenüber. Für BVR-Vorstand Andreas Martin kein Problem: „Das ist Teil des Bankgeschäfts und dem Kundenverhalten geschuldet.“ Zudem wurde seinen Ausführungen zufolge das Vermittlungsgeschäft forciert und das Problem der Fristentransformation damit kleiner und nicht größer. In der Tat konnten die Institute das außerbilanzielle Kundenvolumen, vor allem die Wertpapierbestände, sehr deutlich um 20,7 Prozent auf 588 Milliarden ausweiten.

Das zahlte auf einen kräftigen Anstieg des Provisionsüberschusses um 5,7 Prozent auf 5,99 Milliarden Euro ein. Da der Zinsüberschuss vor allem dank der rund 500 Millionen Euro schweren DZ-Bank-Dividende ebenfalls um 3 Prozent auf 16,5 Milliarden Euro zulegen konnte, der Anstieg der Verwaltungsaufwendungen auf 14,96 Milliarden Euro sehr überschaubar blieb, sich das Bewertungsergebnis auf 333 Millionen Euro mehr als halbierte und auch sonst keine Auffälligkeiten das Ergebnis belasteten, gehen die Kreditgenossenschaften wahrlich gestärkt in die Herausforderungen der kommenden Monate und Jahre. Aber die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben in jüngerer Vergangenheit längst bewiesen, dass sie Krise können. Jetzt muss nur noch die EZB die Zinsen endlich erhöhen, die EU eine brauch- und vor allem umsetzbare ESG-Taxonomie vorlegen, die Bankenaufsicht sich mit zusätzlichen Anforderungen wie beispielsweise antizyklischen Kapitalpuffern zurückhalten und die Regulierungslandschaft nicht durch eine Vielzahl an technischen Standards weiter verkompliziert werden. Dann steht „Goldenen Genossenjahre“ wahrlich kaum etwas entgegen.

## Landesbanken I

### Klarer Fokus statt Mia san Mia

Es wird viel von verbesserter Resilienz gesprochen auf den Bilanzpressekonferenzen landauf landab. Gemeint ist damit stets die erhöhte Widerstandskraft gegen die Unwägbarkeiten des Bankenalltags in Zeiten von Pandemien, Kriegen, digitalen und nachhaltigen Umbrüchen, die al-



lesamt die Unsicherheit erhöhen und Planbarkeit vermindern. Gemessen daran hat auch die Bayern-LB im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Resilienz spürbar verbessert. Immerhin hat sich der Konzerngewinn vor Steuern auf 816 Millionen Euro mehr als vervierfacht. Dass das Vorjahr von hohen Aufwendungen für die bis 2024 noch laufende Restrukturierung und kräftige Pauschalwertberichtigungen im Zusammenhang mit den Folgen der Covid-19-Pandemie ebenso negativ verzerrt war wie positive Sondereffekte, wie eine deutlich geringere Risikovorsorge (48 Millionen Euro nach 142 Millionen Euro), 166 Millionen Euro schwere Einnahmen aus der Teilnahme an den EZB-TLTRO-Geschäften sowie 101 Millionen Euro Sonderertrag aus der Veräußerung zweier Immobilien das Berichtsjahr positiv beeinflusst haben, tut dabei für die Resilienz erst einmal nichts zur Sache. Aber es ist natürlich wichtig, um dieses unter dem Strich ohne Frage außerordentlich gute Ergebnis vernünftig einwerten zu können.

Das tun auch der Vorstandschef und sein Finanzvorstand. Wer große Euphorie anlässlich der Verkündung des Zahlenwerkes erwartet hatte, sah sich getäuscht. Statt dem von anderen Vertretern des Freistaates gerne mal gezeigten „Mia san Mia“ war die Einordnung erfrischend nüchtern und offen. „Wir bleiben demütig und wissen, was wir noch zu leisten haben“, fasst der Vorstandsvorsitzende Stephan Winkelmeier die Grundstimmung zusammen. „Das erfreuliche Ergebnis ist für uns daher kein Grund, uns zurückzulehnen.“ Für Finanzvorstand Markus Wiegelmann ist hervorzuheben, dass alle Segmente im vergangenen Jahr zum Erfolg beigetragen und ihr Ergebnis verbessert haben: „Der Anstieg in jedem Segment betrug rund 100 Millionen Euro Euro.“

Ein weiteres Anzeichen für die gewachsene Resilienz sind die trotz gestiegener Bilanzsumme gesunkenen risikogewichteten Aktiva (63,3 Milliarden Euro nach 65,0 Milliarden Euro) sowie Post-Model-Adjustments von inzwischen 356 Millionen Euro, die für kommende Unwägbarkeiten zur Verfügung stehen. Die Kernkapitalquote erhöhte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr spürbar von 15,9 Prozent auf 17,3 Prozent, die Cost Income Ratio verbesserte sich von 65,9 Prozent auf 59 Prozent. Aber es bleibt noch einiges zu tun. Vor allem gilt es, den 2019 beschlossenen Umbau von einer Universalbank hin zu einer fokussierten Spezialbank in den verbleibenden drei Jahren bis

2024 unverändert voranzutreiben. Das Segment Corporates & Markets ist sicherlich noch nicht da, wo es sich die Verantwortlichen wünschen. Und um die Cashcow DKB reißen Spekulationen um Verkauf oder IPO nicht ab. Obwohl Winkelmeier deutlich machte, dass er die Tochter auch in den kommenden Jahren als wesentliches Element der Neuaufstellung sieht.

Zum neuen Selbstverständnis passt auch, dass Winkelmeier und Wiegelmann sich vom 2021er-Ergebnis nicht verleiten lassen und auch beim Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr zurückhaltend bleiben. Bei allen Unwägbarkeiten, mit denen Prognosen derzeit behaftet sind, erwarten sie ein Ergebnis in der breiten Range von 300 bis 500 Millionen Euro. Das liegt – wenig überraschend – zwar deutlich unter dem Abschluss des vergangenen Jahres, aber zumindest am oberen Ende in der von der Bayern-LB selbst festgelegten Größenordnung eines einigermaßen verlässlich erzielbaren Ergebnisses ohne nennenswerte Sonderfaktoren. Und es lässt Raum nach oben für positive Überraschungen.

## Landesbanken II

### Gelassen und betont ausweichend

Kann sich ein Landesbanken-Chef aus allen verbundpolitischen Diskussionen heraushalten mit der Begründung, er habe nur die Verantwortung für das eigene Haus? Ja, er kann. Schließlich heißt es in der Satzung beispielsweise der Nord-LB: „Der Bank obliegt nach Maßgabe dieser Satzung die Aufgabe einer Landesbank und Sparkassenzentralbank (Girozentrale) sowie einer Geschäftsbank.“ Und zu diesen Aufgaben gehört nach allgemeinem Verständnis, die bankmäßigen Geschäfte des Landes zu besorgen, den Kommunalkredit zu pflegen, öffentliche Förderungsmaßnahmen durchzuführen und der Wirtschaft des Landes zu dienen sowie als Girozentralen die Sparkassen des Landes als zentrales Kreditinstitut zu umsorgen. Vielleicht hat Jörg Frischholz, frischgebackener Vorstandsvorsitzender der Nord-LB, also sogar gut daran getan, allen Fragen rund um Zentralinstitut, Konsolidierung der Landesbanken, Arbeitsteilung im Verbund auszuweichen oder die Antworten ein klein wenig am Thema vorbei hin auf die beschriebenen Grundaufgaben zu formulieren.

Ein Beispiel: Die Frage nach der Arbeitsteilung bei Landesbanken, die vor allem durch Initiativen im Süden weiter voranschreitet. In seiner Antwort betonte Frischholz zunächst, wie wichtig es sei, dass das gesamte Finanzwesen alle Kräfte bündele, um den Transformationsprozess der Wirtschaft zu finanzieren. Und ergänzte mit Blick auf das eigene Haus, die Nord-LB sei in diesem Prozess gerne Syndizierungspartner der Sparkassen. Alles nicht falsch. Aber natürlich hätte man sich von dem neuen Chef an der Spitze der Norddeutschen Landesbank, ein klein wenig tiefere Einblicke in sein Verständnis von Sparkassenpolitik, Verbundgerangel oder Kräftebündelung gewünscht. Doch den Verbundpolitiker wollte Frischholz (noch) nicht geben, nur den harten Arbeiter an der eigenen Sache. Und das ist primär die Weiterführung der Restrukturierung und die nachhaltig solide Aufstellung der Nord-LB.

Für diese Aufgabe hat Frischholz etwas Starthilfe bekommen. Denn die Nord-LB konnte zu seinem Amtsantritt erstmals seit 2017 wieder einen Gewinn zeigen. Einen echten, wie Frischholz betonte, keinen künstlich konstruierten. Nach einem Vorsteuerverlust von 27 Millionen Euro im Vorjahr stand für 2021 ein Vorsteuergewinn von 16 Millionen Euro zu Buche. Und das trotz eines Einbruchs des Zinsüberschusses von 1286 Millionen Euro auf 816 Millionen Euro, bedingt durch eine Neubewertung finanzieller Verpflichtungen, wie es hieß. Daneben hat auch der planmäßige Abbau von Aktivas beigetragen, mit dem zwangsläufig Ertragseinbußen einhergehen. Der Provisionsüberschuss hat einen Sprung von minus 38 Millionen Euro im Vorjahr auf 52 Millionen Euro im Berichtsjahr hingelegt. Allein 84 Millionen Euro des Anstiegs kommen aber aus gesunkenen Gebühren für die Garantien des Landes Niedersachsen. Weitere 408 Millionen Euro stammen aus der sehr viel niedrigeren Risikovorsorge von 18 Millionen Euro. Für die Restrukturierung sind 82 Millionen Euro angefallen, eine Größenordnung, mit der die Verantwortlichen auch in diesem Jahr rechnen. Es wird also noch recht lange dauern, bis sich die Nord-LB wieder im normalen Fahrwasser befindet.

Einmal wurde Frischholz dann aber auch in sparkassenpolitischen Fragen deutlich. Dabei betraf es sehr direkt das eigene Haus. „Ich zähle die Braunschweigische Landessparkasse zum Kerngeschäft der Nord-LB.“ Dabei ist eine mögliche Herauslösung der Sparkasse aus der

Landesbank doch auch Sache der Träger und nicht des Vorstands. Man darf also vielleicht noch hoffen, die Stimme des Nord-LB-Chefs künftig auch zu anderen Themen des Verbundes lauter zu vernehmen.

## Genossenschaftsbanken II

### Zinsüberschuss

Es war die erste Bilanzpressekonferenz des neuen Verbandspräsidenten und Vorstandsvorsitzenden des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Gregor Scheller, nachdem kurz vor Weihnachten etwas überraschend der Abschied des langjährigen Vorstandsmitglieds des GVB, Jürgen Gros, für Ende 2021 angekündigt wurde. Als Grund für den Abschied wurde eine „unterschiedliche Vorstellung über die künftige Ausrichtung des Verbands“ genannt. Umso interessanter war natürlich die Frage, wie Scheller, der zuvor Vorstandschef der VR Bank Bamberg-Forchheim war, sich eben die Zukunft des Verbands vorstellt. „Wir wollen die Mitglieder stärker in die künftige Ausrichtung des Verbandes einbeziehen“, sagte er dazu als ersten Hinweis auf der Bilanzpressekonferenz.

Doch natürlich ging es nur am Rande um den eigenen Verband, der Hauptteil gehörte indes dem aggregierten Zahlenwerk der bayerischen Genossenschaftsbanken im Berichtsjahr 2021. Ähnlich dem bundesweiten Trend (siehe Seite 37) sank auch in Bayern die Zahl der Genossenschaftsbanken um 14 beziehungsweise 6,3 Prozent auf 208. Damit ist der Rückgang etwas stärker als im Bundesschnitt, wo die Zahl der Institute um 5,15 Prozent rückläufig war. Das dürfte zum einen der Tatsache geschuldet sein, dass Bayern ein ländlich geprägtes Flächenland ist und zum anderen dem Trend zur Digitalisierung, die ja gerade bei weiteren Anfahrtsstrecken in die Filiale an Attraktivität gewinnt. Laut GVB nutzen mittlerweile bereits 48 Prozent der Kunden das Online-Banking oder die App für die täglichen Bankgeschäfte.

Dennoch stiegen die Kosten im Berichtsjahr ganz leicht um 29 Millionen Euro auf 2,7 Milliarden Euro. Gleichzeitig gelang es die Erträge auszubauen. Es ist den Genossen in Bayern erstmals seit 2014 wieder gelungen, den Zinsüberschuss zu steigern. Dieser erhöhte sich um 25 Millionen Euro oder 0,9 Prozent auf 2,872



Milliarden Euro. Allerdings dürfte das vor allem an der dicken Dividende der DZ Bank liegen. Darauf deutet auch hin, dass laut GVB die Zinsmarge der Institute auch im vergangenen Jahr weiter abgeschmolzen ist. Das versuchten die Banken des Verbands auch 2021 durch ein dynamisches Kreditwachstum aufzufangen. Die bilanziellen Kredite stiegen um zehn Milliarden Euro oder 8,6 Prozent auf 127 Milliarden Euro und damit so stark wie seit 1995 nicht mehr. Gleichzeitig erhöhten sich die Einlagen lediglich um 5,5 Milliarden Euro.

Der Provisionsüberschuss kletterte um 87 Millionen Euro beziehungsweise 7,1 Prozent auf 1,329 Milliarden Euro. Das war in erster Linie dem boomenden Wertpapiergeschäft zu verdanken. Hier erzielten die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken einen Rekordumsatz von 22 Milliarden Euro, der Nettoabsatz verdoppelte sich dabei auf 6,4 Milliarden Euro. Scheller hatte auch gleich einen konstruktiven Vorschlag im Gepäck, wie es noch mehr Anreize für das Wertpapiersparen geben könnte. Er schlug vor, den Sparerfreibetrag nicht nur einfach auf 1000 Euro zu erhöhen, wie es im Ampel-Koalitionsvertrag festgehalten wurde, sondern auch beispielsweise zu ermöglichen, nicht genutzte Pauschalbeträge des Freibetrags über mehrere Jahre fortschreiben zu können. Eine sinnvolle und wünschenswerte Idee, allerdings dürfte sie angesichts des gigantischen Finanzierungsbedarfs des Bundes in den nächsten Jahren durch die „Multi-Krise“ (Corona, Klimawandel und Krieg) nur ein frommer Wunsch bleiben.

Unter dem Strich ist das Ergebnis nach Bewertung und vor Steuern um 39 Millionen Euro oder 2,8 Prozent auf 1,426 Milliarden Euro gestiegen. Scheller betonte: „Die Institute verfügen über eine gute Liquidität, eine starke Eigenkapitalausstattung und können daher aus einer gefestigten Position mit solider Ertragslage weiter agieren.“ Ob die Ertragslage 2022 so solide bleibt, scheint aufgrund der aktuellen Lage jedoch ungewiss.

## Genossenschaftsbanken III

### „Mehr Augenmaß und Proportionalität“

Auf die Baden-Württembergische Wirtschaft und die insgesamt 144 genossenschaftlichen

Institute im Südwesten Deutschlands, die an der Seite der Unternehmen stehen, kommen herausfordernde Zeiten zu: Krieg in der Ukraine, steigende Energiepreise, Nachwehen der Corona-Pandemie, Produktionsstopps, Liefer- und Personalengpässe, digitale und nachhaltige Transformation, zunehmender bürokratischer Aufwand ... die Liste ist lang. Mit Blick auf die Corona-Pandemie gibt sich der Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes, Roman Glaser, aber zufrieden. Abgesehen von ein paar Einzelfällen, seien die kleinen und mittelständischen Unternehmen gut durch die Pandemie gekommen und es lägen wenige Kreditausfälle vor. Fraglich bleibe jetzt aber, welche konkreten Auswirkungen der Ukraine-Krieg und die dadurch steigenden Energiepreise für die Unternehmen haben werden.

Wichtig sei laut Glaser daher vor allem die gute Beziehung zur Hausbank. Damit diese allerdings entsprechend agieren könne (insbesondere die kleineren Häuser), sei eine angepasste Regulatorik notwendig. Daher fordert der Verband „eine konsequente Rückkehr zu einer Politik mit mehr Augenmaß und Proportionalität“. Auch wenn man den Eindruck bekommen könnte, der Verband spiele damit seine „alte Leier“, so ist die Forderung angesichts der derzeitigen Umstände doch auch wieder hoch aktuell. Zumal es ja nicht nur die Krisen auszuhalten gilt. Schließlich gibt es da ja noch den notwendigen digitalen sowie nachhaltigen Wandel, der sowohl seitens der Unternehmen, aber auch der Banken vorangetrieben werden muss. Wie soll das alles unter einen Hut passen ohne merkliche bürokratische Entlastungen? Das sollten sich die Aufseher bei aller Liebe zur Harmonisierung und sämtlicher Standards einmal vorstellen. So kritisiert Glaser zu recht beispielsweise die neu in Kraft getretene Backstop-Regelung für Non-Performing Loans: „Das über Generationen bewährte Prinzip ‚Sanierung vor Abwicklung‘ als wichtigstes Instrument für nachhaltige Stärke unserer Wirtschaft wird damit untergraben. Das kann und darf nicht Ziel dieser Regulierung sein“.

Trotz all der Herausforderungen haben die Volks- und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg im Jahr 2021 einen guten Job gemacht. Bei der addierten Bilanzsumme wurde erstmals mit 202,0 Milliarden Euro die 200-Milliarden-Grenze überschritten. Ein wesentlicher Treiber stellte hierbei der Zuwachs im Kreditgeschäft

dar, welches sich um 7,9 Prozent beziehungsweise 9,0 Milliarden Euro auf 123,8 Milliarden Euro erhöhte. Ebenso kräftig stiegen auch die Kundeneinlagen mit 149,7 Milliarden Euro, was einem Anstieg von 8,3 Milliarden beziehungsweise 5,9 Prozent entspricht. Der Verband führt dies unter anderem auf eine „anhaltende Konsumzurückhaltung der Menschen durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie“ zurück. Das schlug sich auch in der GuV nieder: Das Betriebsergebnis vor Risiko wuchs um 12,5 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro. Treiber waren ein um 4,4 Prozent auf 2,8 (2,7) Milliarden Euro gestiegener Zinsüberschuss sowie ein um 7,6 Prozent auf 1,2 (1,1) Milliarden Euro erhöhter Provisionsüberschuss. Doch es muss hierbei beachtet werden, dass das Zinsergebnis durch eine doppelte Dividende der DZ Bank in Höhe von 145,3 Millionen Euro gepusht wurde. Der Jahresüberschuss hat sich mit 545 Millionen Euro im Vergleich zu den 285 Millionen Euro des Vorjahres fast verdoppelt. Daraus haben die genossenschaftlichen Banken im Südwesten ihr Kernkapital um 5 Prozent auf knapp 16,4 Milliarden Euro und die gesamten Eigenmittel um 3,1 Prozent auf 18,4 Milliarden Euro gestärkt. „Die Ertragslage war trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen sehr ordentlich“, wie Glaser hervorhob. Gute Voraussetzung für all das, was da noch kommen mag.

## Sparkassen I

### Verlässlicher Partner

Auch in Rheinland-Pfalz wurde gerade über das vergangene Geschäftsjahr der Sparkassen berichtet. Neben Inflation und Pandemie hatte es dieses Bundesland im Berichtsjahr noch mit einem zusätzlichen Schock zu tun: der Jahrhundertflut im Ahrtal, der viele Menschen zum Opfer fielen und die große Zerstörung ange richtet hat. Zu Recht rühmt sich der Verband, dass noch an dem darauffolgenden Wochenende die Sparkassen in den Katastrophengebieten Sonderkreditprogramme aufgelegt haben, um den Menschen vor Ort schnell und zuverlässig zu helfen. Zudem sind die Institute laut der Präsidentin des Sparkassenverbands Rheinland-Pfalz, Beate Läsch-Weber, mit individuellen Vereinbarungen auf die Situation und Bedürfnisse der Menschen eingegangen. Gemeinsam mit dem Sachversicherer aus dem Sparkassenverbund, der Provinzial, kümmer-

ten und kümmern sie sich vor Ort um die Schadensregulierung.

Trotz der vielfältigen Herausforderungen haben die Institute in Rheinland-Pfalz ein recht erfolgreiches Jahr verzeichnet. Die aggregierte Bilanzsumme steigerten die Sparkassen um 4,0 Prozent beziehungsweise 2,903 Milliarden Euro auf 74,852 Milliarden Euro. Damit hat sich jedoch das Wachstumstempo wieder abgeschwächt, nachdem sich die Bilanzsumme im Vorjahr um mehr als 8,4 Prozent erhöht hatte. Im Passivgeschäft erfolgte das Wachstum in erster Linie bei den Einlagen, die sich entsprechend dem allgemeinen Trend um 2,386 Milliarden Euro erhöhten. Der Zuwachs fiel jedoch deutlich geringer aus als ein Jahr zuvor. Erhöht hat sich hingegen das Wachstumstempo im Aktivgeschäft, wo die Kundenkredite um 5,0 Prozent beziehungsweise 2,458 Milliarden Euro kletterten. Nachdem der Einlagenüberhang 2020 um circa 1,7 Milliarden Euro wuchs, verringerte er sich im Berichtsjahr leicht um gut 70 Millionen Euro.

Das Zinsergebnis war dennoch weiter rückläufig. So reduzierte sich der Zinsüberschuss um 29,5 Millionen Euro oder 2,9 Prozent und erreichte mit 981,2 Millionen Euro nicht mehr die Marke von einer Milliarde Euro. Provisionsüberschuss und sonstiges betriebliches Ergebnis konnten den Rückgang jedoch vollständig ausgleichen. Das Provisionsergebnis hat wie bei nahezu allen Instituten vor allem vom Boom im Wertpapierabsatz gezehrt. Der Nettoabsatz lag um 37,7 Prozent über dem kumulierten Wert der beiden Vorjahre und überschritt mit 1,067 Milliarden Euro knapp die magische Marke von einer Milliarde Euro. Dank eines um 93,5 Millionen Euro verbesserten Bewertungsergebnisses konnten die rheinland-pfälzischen Sparkassen das Betriebsergebnis nach Bewertung um 98,8 Millionen Euro oder fast 40 Prozent steigern.

Beigetragen hat zu dem guten Ergebnis also in erster Linie das Bewertungsergebnis, da es vor allem weniger Pandemie-bedingte Insolvenzen gab als erwartet und auch die Wertpapiermärkte stabil blieben. Angesprochen auf die Frage, ob vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Zinswende, dem Ukraine-Krieg und den Lieferkettenstörungen im laufenden Jahr ein schlechteres Bewertungsergebnis und somit ein Ergebnisrückgang zu erwarten wäre, zeigte sich der Geschäftsführende Direktor des





Verbands, Roman Frank, zwar zurückhaltend, aber er ließ durchklingen, dass er durchaus mit einem Druck auf das Ergebnis rechnet. Zwar werde eine Zinswende wieder zu auskömmlicheren Margen führen, jedoch auch erstmal zu Abschreibungen bei selbstgehaltenen Bonds. Frank rechnet jedoch damit, dass sich diese beiden gegenläufigen Entwicklungen in etwa aufheben werden. Aber Steigerungsraten von fast 40 Prozent dürften nach aktuellem Stand der Dinge kaum zu erreichen sein.

## Sparkassen II

### Frankfurter Anstrengungen zahlen sich langsam aus

Eigentlich müsste es der Frankfurter Sparkasse richtig gut gehen. Die Einbindung in den Hella-Konzern macht sicherlich manches einfacher. Ihr Geschäftsgebiet Rhein-Main ist eine prosperierende Region, allerdings natürlich auch von hartem Wettbewerb geprägt. Und mit der 1822direkt verfügt man zudem seit Jahren schon über eine erfolgreiche Tochter in dem so wichtigen, weil zukunftssträchtigen Online-Segment. Und doch stuft der Vorstand das Jahresergebnis nur als „zufriedenstellend“ ein, was zweifelsohne von einer richtigen und wichtigen, eher vorsichtigen und zurückhaltenden Grundhaltung zeugt. Denn man hätte auch prahlen können. Immerhin ist das Ergebnis vor Steuern mit 67,7 Millionen Euro um satte 46,5 Millionen Euro besser ausgefallen als im ersten Corona-Jahr 2020. Und das obwohl im Verlauf des Jahres 2021 erneut zwölf Filialen vorübergehend geschlossen werden mussten, was bedeutete, dass es deutlich weniger persönliche Kontaktmöglichkeiten gab als im normalen Sparkassen-Alltag.

Zwei Dinge an diesem 2021er-Ergebnis sind dabei wirklich erfreulich. So ist der Provisionsüberschuss dank der kräftigen Nachfrage nach Wertpapieranlagen um 3,8 Prozent auf 101 Millionen Euro angewachsen und übersprang damit im Jubiläumsjahr, die Frankfurter Sparkasse wird heuer 200 Jahre alt, erstmals die Marke von 100 Millionen. Und der hohe Überschuss ermöglichte eine ordentliche Stärkung der Reserven. Mit 12,5 Millionen Euro wurden die Vorsorgereserven nach § 340 f aufgepöppelt, weitere 20 Millionen Euro flossen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g.

Nach Dotierung der Vorsorgereserven und Zuführung zu den Gewinnrücklagen steigt das wirtschaftliche Eigenkapital nach dem Geschäftsjahr 2021 auf 1,24 Milliarden Euro. Die harte Kernkapitalquote lag im Jahr 2021 bei 19,0 Prozent und damit einen Prozentpunkt unter dem Vorjahresniveau. Das tut angesichts der wachsenden Unsicherheit durch die Zweit- und Drittrundeneffekte des Ukraine-Krieges auf die gewerblichen Kunden der Fraspas natürlich gut.

Warum ein wenig Zurückhaltung trotzdem angenehm ist, liegt auch daran, dass das Ergebnis (noch) nicht wirklich auf operative Durchschlagskraft zurückzuführen ist, sondern auf Sondereffekten beruht. So fällt der Saldo der sonstigen Erträge/Aufwendungen, in dem unter anderem Rückstellungen für Prämiensparverträge und für Restrukturierung verarbeitet wurden, mit minus 5,3 Millionen Euro um 10 Millionen Euro besser aus als im Jahr zuvor. Und das Bewertungsergebnis belastet nur noch mit minus 1,8 Millionen Euro. 2020 waren es noch 19,1 Millionen Euro. Allein diese beiden Positionen sind also für einen positiven Ergebnisswing von 27,3 Millionen Euro verantwortlich. Der nach wie vor maßgebliche Zinsüberschuss ist dagegen ziemlich deutlich um 10,4 Millionen Euro auf 224,9 Millionen Euro zurückgegangen. Und das obwohl von Januar bis Dezember 2021 Kredite und Darlehen von 2,2 Milliarden Euro neu zugesagt wurden, was einer Steigerung um 42,5 Prozent entspricht.

Ihre Zukunft sieht die Fraspas als „hybride Vertriebsparkasse“. „Das Besondere an dieser Struktur ist, dass wir das einzige Kreditinstitut in Frankfurt sind, welches weiterhin das dichteste Filialnetz bietet und gleichzeitig die vollständig digitale Beratung möglich macht“, zeigt sich Vorstandschef Jens Wiedemeier zuversichtlich. Über den schrittweisen Aufbau digitaler Beratungszentren sowohl für Privat- wie auch Gewerbekunden soll erreicht werden, dass die Kunden auch digital stets mit dem gleichen, ihnen bekannten qualifizierten Berater sprechen. Daneben werden die Filialen als gleichberechtigter Vertriebsweg erhalten. „Wir sind davon überzeugt, dass uns die getroffenen strategischen Entscheidungen in die Lage versetzen werden, auf das veränderte Kundenverhalten zu reagieren, zusätzliche Kunden zu gewinnen und neue Erträge zu generieren“, sagte Wiedemeier. 2022 wird man davon hoffentlich schon erste Effekte sehen können.